

# Gratis-Lehrmittel auch am Gymi

Der Zürcher Kantonsrat plädiert für mehr Chancengerechtigkeit während der obligatorischen Schulzeit.



Wer ans Gymnasium geht, muss schnell mal Hunderte von Franken pro Semester für Unterrichtsmaterialien hinblättern.

Bild: Gaëtan Bally/Keystone

## Matthias Scharrer

«Die Finanzierbarkeit der Bildung darf kein Kriterium dafür sein, ob Kinder ans Gymnasium gehen oder nicht», sagte Sibylle Jüttner (SP, Andelfingen) am Montag im Kantonsrat. Die Mittelschullehrerin und Prorektorin der Kantonsschule Zürcher Unterland hat deshalb eine parlamentarische Initiative (pI) eingereicht, die das Parlament nun mit 96 von 180 Stimmen vorläufig unterstützt.

Sie fordert, dass der Kanton Zürich Lehrmittel bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit unentgeltlich zur Verfügung stellt – egal, ob ein Kind die Sekundarschule oder die Kantonsschule besucht. Heute erhalten Sekundarschülerinnen und -schüler die Lehrmittel gratis. Gymi-Schülerinnen und -Schüler respektive ihre Eltern werden

hingegen zur Kasse gebeten. Pro Semester macht dies mehrere Hundert Franken aus, wie es in der schriftlichen Begründung der pI heisst. Komme dann noch der Kauf eines für die Schule nötigen Computers hinzu, belaste dies ein Familienbudget schnell mal mit 1000 bis 2000 Franken, erklärte Jüttner. Dies sei auch für mittelständische Familien, die keinen Anspruch auf Stipendien haben, deutlich spürbar – besonders, wenn sie mehrere Kinder haben, die aufs Gymnasium gehen.

### «Wohlhabende Familien würden unnötig begünstigt»

Gegen Jüttners Forderung sprachen sich SVP und FDP aus. «Mit dem Giesskannenprinzip würden auch wohlhabende Familien unnötig begünstigt», sagte Roger Schmidinger (SVP, Urdorf). Alexander Jäger (FDP, Zü-

rich) doppelte nach, es habe schon seine Logik, dass Gymi-Schülerinnen und -Schüler für ihre Unterrichtsmaterialien bezahlen müssen. Schliesslich sei der Besuch einer Kantonsschule im Gegensatz zur Sekundarschule freiwillig. Und: Viele Gymnasiasten würden später noch eine Hochschule besuchen, was dann auch wieder Kosten für den Staat zur Folge habe. Ausserdem gebe es für bedürftige Familien Stipendien respektive Sozialhilfe.

### «Es stärkt die Chancengerechtigkeit»

Jüttner hielt dagegen: Das bestehende System trage dazu bei, dass Kinder aus weniger wohlhabenden Familien oft nicht aufs Gymnasium kämen, obwohl sie leistungsmässig das Potenzial dazu hätten. Unterstützung erhielt die SP-Kantons-

rätin unter anderem von Livia Knüsel (Grüne, Schlieren): «Kinder, die nach der zweiten Sekundarklasse oder nach der sechsten Primarklasse aufs Gymi wechseln, sollten gratis Lehrmittel kriegen», so die Lehrerin aus Schlieren.

In anderen Kantonen wie Luzern und Uri sei es gang und gäbe, dass Lehrmittel während der obligatorischen Schulzeit auch auf dem Gymnasium für die Kinder und Jugendlichen gratis seien, fügte Kathrin Wyder (Mitte, Wallisellen) an. Und sagte: «Es ist unverständlich, warum dies im Kanton Zürich anders ist.»

Die geforderte Reform sei eigentlich selbstverständlich, meinte Hanspeter Hugentobler (EVP, Pfäffikon). «Es stärkt die Chancengerechtigkeit, wenn Lehrmittel während der obligatorischen Schulzeit gratis sind.»

Auch die GLP und die AL sprachen sich dafür aus. «Bildung ist ein Grundrecht», sagte Lisa Letnansky (AL, Zürich). Und der Kanton Zürich könne es sich leisten, Unterrichtsmaterialien während der obligatorischen Schulzeit gratis abzugeben.

### Jetzt geht der Vorschlag in die nächste Runde

Da GLP, Mitte, EVP, SP, Grüne und AL das Anliegen guthiesen, wurden die für die vorläufige Unterstützung einer pI nötigen 60 Stimmen deutlich übertroffen: Mit 96 Stimmen kam im 180-köpfigen Kantonsrat eine absolute Mehrheit zustande.

Doch definitiv beschlossen ist damit noch nichts: Nun muss die zuständige Kantonsratskommission einen Bericht und Antrag erarbeiten, über den dann der Regierungsrat und wiederum der Kantonsrat befindet.

## Elektroauto fahren soll teurer werden

**Zürich** Dass in der Verkehrspolitik FDP, SVP, SP, AL und Mitte zusammenspannen, ist selten. So geschehen am Montag im Zürcher Kantonsrat. Anlass dazu war eine parlamentarische Initiative (pI) von Marc Bourgeois (FDP, Zürich). Sie fordert, dass künftig auch Halterinnen und Halter von Elektroautos Verkehrsabgaben bezahlen und damit die Verkehrsinfrastruktur mitfinanzieren. Bisher waren sie davon befreit. Massgebliches Kriterium soll dabei künftig das Gewicht eines Elektrofahrzeugs sein. Die Abgabenbefreiung sei als Anschlag-Subvention gerechtfertigt gewesen, sagte Bourgeois. Doch inzwischen habe die Zahl der Elektromobile derart zugenommen, dass dies nicht mehr nötig sei.

Anders sahen es die Grünen, GLP und EVP. Es brauche weiterhin Anreize zur Förderung der Elektromobilität, etwa durch mehr Ladestationen, sagte Daniel Rensch (GLP, Zürich). Dieser Ansatz fehle aber im FDP-Vorstoss.

Die Ratsmehrheit war jedoch mit Bourgeois darin einig, dass eine Verkehrsabgabenbefreiung von Elektroautos nicht mehr angebracht sei. Der Kantonsrat unterstützte die pI mit 119 Stimmen vorläufig. Nun muss sich eine Kantonsratskommission mit dem Thema befassen. Bis zur Umsetzung dürfte es noch zwei bis drei Jahre dauern, schätzte Bourgeois. (mts)

## Nur noch drei Mal im Monat tagen

**Kantonsrat** Der Zürcher Kantonsrat soll nur noch drei Mal pro Monat tagen. 93 Mitglieder haben am Montag eine parlamentarische Initiative der SVP vorläufig unterstützt. Initiant Domenik Ledergerber (SVP, Herrliberg) zeigte sich in der Sitzung überzeugt, dass die Miliztauglichkeit gesteigert werde. Die Effizienz des Ratsbetriebes würde verbessert und die Kosten pro Jahr leicht reduziert. Die Linke warnte hingegen davor, dass viele Vorstösse lange liegen bleiben würden, wenn das Parlament weniger tagt. (sda)

## Volk will über Vorkaufs-Initiative abstimmen

Der Kantonsrat lehnt die Initiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» ab.

Der Zürcher Kantonsrat hat am Montag entschieden, die Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen im Kanton Zürich» abzulehnen. Diese will den Gemeinden ein Vorkaufsrecht für Grundstücke ermöglichen. Weil sie voraussichtlich nicht zurückgezogen wird, hat das Volk die Wahl zwischen Initiative und Gegenvorschlag.

Das Parlament lehnte die linke Volksinitiative für ein Vorkaufsrecht mit 94 zu 78 Stimmen bei 4 Enthaltungen ab. Die GLP beschloss dabei Stimmfreigabe. Statt der Initiative unterstützte der Kantonsrat den Gegenvorschlag des Regierungsrates mit 105 Ja- zu 71

Nein-Stimmen. Dieser Gegenvorschlag würde die Wohnbauförderung verdoppeln. Statt wie bisher 180 Millionen Franken soll der Kanton künftig 360 Millionen Franken dafür ausgeben.

Die linke Ratsseite wird ihre Initiative für ein Vorkaufsrecht voraussichtlich nicht zurückziehen. Der Entscheid des Initiativkomitees stehe diesbezüglich noch aus. Er gehe aber davon aus, dass die Initiative nicht zurückgezogen werde, hiess es bei SP-Kantonsrat Rafael Mörgele auf Anfrage. Somit hat das Stimmvolk voraussichtlich die Wahl zwischen Gegenvorschlag und Volksinitiative. Würde das Initiativkomitee seine Vorlage

wider Erwarten doch noch erdigen, träte automatisch der Gegenvorschlag in Kraft.

### Gegenvorschlag «eine Alibi-Übung»

Der Gegenvorschlag wurde am Montag kritisiert, weil es gar kein Gegenvorschlag sei. «Das ist eine Alibi-Übung, die den Status Quo zementiert», sagte Markus Schaaf (EVP, Zell). «Die Menschen im Kanton erwarten Lösungen, keine taktischen Spielchen.» Die Bürgerlichen sagten hingegen, mit einem Vorkaufsrecht werde noch keine zusätzliche Wohnung gebaut. Mit einer ausgebauten Wohnbauförderung aber schon. (sda)

## Kanton fördert 36 Projekte im Frauen- und Mädchenfussball

**Frauen-EM** Der Kanton Zürich hat wegen der Frauen-EM 100'000 Franken für 36 Projekte im Frauen- und Mädchenfussball gesprochen. Darunter sind etwa Fussballcamps, Turniere oder Schnuppertage. Die Förderung sei ein starkes Zeichen für den Frauen- und Mädchenfussball, hielt Sportminister Mario Fehr (parteilos) in einer Mitteilung vom Montag fest. Alle sollten gezielt darin investieren. Im August können Frauen ein Trainingswochenende mit der ehemaligen Nati-Spielerin Katrin Lehmann und Ex-Nati-Coach Martina Voss-Tecklenburg absolvieren. Der Kanton fördert auch ein «Girl Soccer Talent

Tournament» des SC Wipkingen oder den Mädchen- und Frauenfussballtag des FC Stäfa im Juli.

Den Betrag von 100'000 Franken hatte der Kanton schon 2024 angekündigt. Insgesamt investiert der Kanton Zürich 3,5 Millionen Franken in die Frauenfussball-Euro 2025. 2 Millionen Franken gehen an die Stadt Zürich, unter anderem für die Organisation der Fanzone in der Europaallee. Mit dem restlichen Geld unterstützt der Kanton etwa die Juniorinnen-Abteilung des Zürcher Fussballverbands oder die Trainerausbildung. Das Geld kommt aus dem gemeinsamen Fonds. (sda)

## Seeüberquerung findet statt

**Sportanlass** Die Wetterprognosen stimmen: Die Stadtzürcher Seeüberquerung findet definitiv am kommenden Mittwoch statt, wie die Organisatoren am Montag mitteilten. Die Teilnehmerzahl ist auf 9000 Schwimmerinnen und Schwimmer beschränkt. Am Montag um 12 Uhr startet der Ticketverkauf.

Die Stadtzürcher Seeüberquerung führt vom Strandbad Mythenquai zum 1500 Meter entfernten Strandbad Tiefenbrunnen. Alle 50 bis 70 Meter sind Boote mit Rettungsschwimmerinnen und Rettungsschwimmern postiert. Die 9000 Teilnehmenden starten in zwölf Gruppen zwischen 14.30 und 17.55 Uhr. (sda)